

122415-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen – JNKS–Johann Nepomuk von Kurz-Stiftung: Neubau einer Förderstätte/ Wohnheim - VgV Baufeldfreimachung
OJ S 42/2024 28/02/2024
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Johann Nepomuk von Kurz-Stiftung

E-Mail: JNKS@pm-5.de

Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Sozialwesen

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: JNKS–Johann Nepomuk von Kurz-Stiftung: Neubau einer Förderstätte/ Wohnheim - VgV Baufeldfreimachung

Beschreibung: Für den zu planenden Neubau muss im Zuge der Baufeldfreimachung das Bestandsgebäude vollständig zurückgebaut werden. Dies umfasst auch eine Schadstoffsanierung und ober-/ unterirdischen Rückbau des Bestandsgebäudes vor Übergabe an den AN für Baugrube-/ Verbauarbeiten. Es sind daher Leistungen für Planung, Vergabe und Überwachung der Maßnahmen zur Baufeldfreimachung erforderlich.

Kennung des Verfahrens: 63aa7155-4870-4802-9b75-7ef09c869296

Interne Kennung: LV 715

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71310000 Technische Beratung und Konstruktionsberatung, 71313000 Umwelttechnische Beratung, 71356100 Technische Überwachung, 71521000 Baustellenüberwachung, 71700000 Kontroll- und Überwachungsleistungen

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 0,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: 1.) Auf anderem, nicht mit den angegebenen elektronischen Mitteln über das Vergabeportal übermittelte Teilnahmeanträge, wie Post, E-Mails, Fernschreiben,

Telegramme, Telebrief, Telex, und Telefaxe sind nicht zugelassen. Zusätzliche bzw. ergänzende Bewerbungsunterlagen auf Datenträgern werden nicht berücksichtigt. Die Unterlagen sind wie durch das Vergabeportal vorgesehen dort einzureichen. 2.) Bieterfragen sind umgehend schriftlich über die Vergabepattform an die Vergabestelle zu richten. Fragen, die nach dem 22.03.2024 gestellt werden, können aus organisatorischen Gründen nicht mehr beantwortet werden. 3.) Ergänzender Hinweis zu Zuschlagskriterien: Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt. 4.) Es ist beabsichtigt, die Erstangebotsfrist mit Übermittlung der Erstangebote auf minimal 15 Kalendertage zu verkürzen. 5.) Allgemeiner Hinweis: Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich früher mit dem Projekt vorbefasste Büros am Vergabeverfahren beteiligen werden.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens

Konkurs: Insolvenz

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren

Korruption: Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung

Vergleichsverfahren: Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Bildung krimineller Vereinigungen

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung

Betrugsbekämpfung: Betrug oder Subventionsbetrug

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Menschenhandel,

Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung

Zahlungsunfähigkeit: Zahlungsunfähigkeit

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Verstöße gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Insolvenz

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: Rein nationale Ausschlussgründe

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Interessenkonflikt

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:

Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Schwere Verfehlung

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Mangelhafte

Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Verstöße gegen sozialrechtliche Verpflichtungen

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Einstellung der beruflichen Tätigkeit

Entrichtung von Steuern: Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: JNKS–Johann Nepomuk von Kurz-Stiftung: Neubau einer Förderstätte/ Wohnheim - VgV
Baufeldfreimachung

Beschreibung: Für den zu planenden Neubau muss im Zuge der Baufeldfreimachung das Bestandsgebäude vollständig zurückgebaut werden. Dies umfasst auch eine Schadstoffsanierung und ober-/ unterirdischen Rückbau des Gebäudes vor Übergabe an den AN für Baugrube-/ Verbauarbeiten. Es sind daher Leistungen für Planung, Vergabe und Überwachung der Maßnahmen zur Baufeldfreimachung erforderlich. Das Bestandsgebäude liegt auf einem Baugrundstück im Osten von München mit der nördlichen Grundstücksgrenze an der Chiemgaustraße. Der öffentliche Gehwegbereich ist entlang der Grundstücksgrenze mit Sparten belegt, auf dem Baugrundstück verläuft parallel zur Chiemgaustr. eine öffentliche Fernwärmeleitung, welche im Vorfeld alle umgelegt werden. Auf der Südseite ist das Grundstück an die St.- Quirin-Str. angeschlossen. Das Bestandsgebäude wurde in den 1950er Jahren gebaut und nach der Nutzung durch die US-Armee in den 1990er Jahren teilweise saniert und umgebaut. Das Gebäude aus UG -1 bis OG2 und DG ist in Massivbauweise erstellt und zeigt einen unterschiedlichen Schadstoffbefund auf, welcher im Rahmen einer gebäudeorientierenden Schadstoffuntersuchung festgestellt wurde. Das Grundstück ist nicht als Altlastverdachtsfläche eingetragen. Das Bestandsgebäude überschneidet sich geometrisch nur teilweise mit der zu errichtenden Baugrube für den Neubau und bindet auch nicht so tief wie das Neubau-UG ein. Die Spartenstilllegung und -umlegung ist im Vorfeld erfolgt. Aktuell befindet sich die Planung des Neubaus in Entwurfsplanung LPH 3.
Interne Kennung: 0001

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71313000 Umwelttechnische Beratung, 71521000

Baustellenüberwachung, 71356400 Technische Planungsleistungen

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 9 Monate

5.1.4. Verlängerung

Weitere Informationen zur Verlängerung: Verlängerte Planungs-/ Bauzeit; Zusätzliche Leistungen nach Erfordernis

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 0,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:selbst#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag (Bewerbungsbogen) sind die nachfolgenden Erklärungen und Nachweise abzugeben (Beabsichtigt ein Bewerber, die Dienstleistungen in Zusammenarbeit mit Dritten (Unterauftrag/ Eignungsleihe) zu erbringen, müssen die nachfolgend genannten Nachweise/ Angaben auch für diese erbracht werden): a) Nachweis der Berufsqualifikation, Bewerber müssen nachweisen, dass die vorgesehenen Leistungserbringer über eine entsprechende Ausbildung (Berufsbezeichnung: Ingenieur/in oder Geologe/in) verfügen zur Erbringung der Leistung. Durch einen Berufs- oder Handelsregisterauszug oder auf andere Weise. (§ 44 VgV); b) Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 123 und § 124 GWB 2016 vorliegen, oder andernfalls entsprechende Selbstreinigungsmaßnahmen nach § 125 GWB getroffen wurden (hierfür sind Nachweise vorzulegen). Der Auftraggeber behält sich vor, die Vorlage weiterer Nachweise zu Eigenerklärungen nachzufordern; (§48 VgV); c) Eigenerklärung nach VgV 2016 § 73 Abs. 3, die Leistungserbringung erfolgt unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen; d) Ist der Bewerber eine juristische Person, hat er die folgenden Nachweise zu erbringen: 1. Nachweis der Vertretungsberechtigung für den bevollmächtigten Vertreter; 2. Nachweis, dass die auftragsgegenständlichen Leistungen zu deren satzungsgemäßem Geschäftszweck gehören; 3. Namen und berufliche Befähigung der Personen (siehe a), die für die Erbringung der Leistung als verantwortlich vorgesehen sind; e) Ist der Bewerber eine Bergewerkschaft, hat er die folgenden Nachweise zu erbringen: 1. Erklärung aller Mitglieder zur Bildung einer Bietergemeinschaft; 2. Nachweis der Vertretungsberechtigung für den bevollmächtigten Vertreter; 3. Darstellung welches Mitglied welche Leistung erbringen wird. 4. Erklärung, dass alle Mitglieder der Bergewerkschaft als Gesamtschuldner haften. f) Erklärung zur technischen Ausstattung (§46 (3) 9 VgV). Erfüllt ein Unternehmen diejenigen Eignungskriterien nicht, dessen Kapazitäten der Bewerber oder Bieter für die Erfüllung eines oder mehrerer Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, kann der Auftraggeber vorschreiben, dass der Bewerber oder Bieter das entsprechende Unternehmen ersetzen muss (§ 47 Abs.2 VgV). Nimmt der Bewerber oder Bieter die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die wirtschaftliche oder finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, kann der Auftraggeber eine gemeinsame Haftung des Bewerbers oder Bieters und des (jeweils) anderen Unternehmens entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe verlangen (§ 47 Abs. 3 VgV).

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Eignungskriteriums: 1.) Eine Erklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers und seinen Umsatz für entsprechende Dienstleistungen, in den letzten 3

abgeschlossenen Geschäftsjahren (§45 VgV); 2.) Erklärung des Bewerbers durch Unterschrift der Bewerbung, dass im Auftragsfall der Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung vorgelegt wird. Möglicherweise geforderte Mindeststandards: Berufshaftpflichtversicherung mit Deckungssumme in Höhe von – für Personenschäden: 2.000.000 EUR; – für sonstige Schäden: 1.500.000 EUR bei einem in der EG zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Zudem muss die Ersatzleistung der Versicherung mindestens das Zweifache der o. g. Deckungssummen pro Jahr betragen. Die Versicherung muss mindestens für die Dauer der Ausführungsfrist (siehe Ziff. II.2.7) z. B. unbefristet, sich automatisch verlängernd o. ä. abgeschlossen sein. Im Falle einer Bewerbergemeinschaft ist von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft eine Versicherung zu den o. g. Bedingungen nachzuweisen. Im Fall einer Bewerbergemeinschaft ist gleichzeitig eine Erklärung des Versicherers bzw. die entsprechende Passage aus dem Vertrag / den Bedingungen beizufügen, wonach die Versicherung auch bei der Betätigung des Bewerbers als Partner einer Arge, bei Schäden, die vom Versicherungsnehmer verursacht werden, zu den o. g. Bedingungen eintritt. 1.) Beabsichtigt der Bewerber Teile des Auftrags im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte zu vergeben, so hat er die vorgesehenen Unterauftragnehmer (sowie den Umfang) zu benennen und für sie und ggf. für noch weiter nachgeordnete Unternehmen mit der Bewerbung einen eigenen vollständigen Bewerbungsbogen abzugeben. Eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen ist mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. 2.) Beabsichtigt der Bewerber im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe), so hat er diese zu benennen und für sie mit der Bewerbung einen eigenen Bewerbungsbogen abzugeben. Der Bewerber muss mit der Bewerbung nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem er beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorlegt. Bietergemeinschaften müssen als gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft auftreten. Eine entsprechende Haftungserklärung ist auf Anforderung nachzureichen. Eine Doppelbewerbung ist nicht zulässig.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Eignungskriteriums: Maximal erreichbare Gesamtpunktzahl: 598 Punkte gemäß Eignungskriterien 1. Wirtschaftl. u. finanzielle Leistungsfähigkeit (bis max. 100 Punkte): 1.1 Beschäftigte (festangestellte MA) im Mittel der letzten 3 Jahre (2021/2022/2023): bis max. 50 P (≥ 6 MA: 50 P, 3 bis < 6 MA: 30 P, < 3 MA: 10 P); 1.2 durchschnittlicher Umsatz vglb. Dienstleistungen der letzten 3 Jahre (2021/202/2023) in € netto: bis max. 50 P ($\geq 0,2$ Mio €: 50 P, $\geq 0,1$ Mio. € $< 0,2$ Mio. €: 30 P, $< 0,1$ Mio. €: 10 P); 2. Fachliche Qualifikation (Referenzzeitraum: 01.01.2019 bis Ende Teilnahmefrist) Bedingung für die Wertung der Referenzen (bis max. 498 Punkte): 2.1 Qualifikation und Erfahrung Projektleiter [bis max. 166 Punkte]: Darstellung von zwei Referenzprojekten für die ausgeschriebenen Leistungen im o.g. Referenzzeitraum. 2.1.1 Berufserfahrung: bis max. 30 P (≥ 10 Jahre: 30 P; ≥ 5 Jahre < 10 Jahre: 15 P, < 5 Jahre: 5 P); 2.1.2 Baufeldfreimachung mit Bestandsgebäude in vergleichbarer Konstruktionsart (Massivbauweise, Mehrgeschossigkeit): bis max. 40 P (je Referenz 20 P)); 2.1.3 Zusatzpunkte für Rückbau Bestandsgebäude > 3.000 m² BGF: bis max. 20 P (je Referenz 10 P); 2.1.4 Zusatzpunkte für Schadstoffsanierung/ -entsorgung nach DGUV Regel 101-004, bzw. BGR 128 in "kontaminierten Bereichen": bis max. 20 P (je Referenz 10 P); 2.1.5 Federführend vom Projektleiter selbst vollständig erbrachtes Leistungsbild je Phase

Baufeldfreimachung innerhalb des Referenzzeitraums für a) Planung, b) Ausschreibung mit Vergabe, c) Örtliche Bauüberwachung, d) Aushubüberwachung; bis max. 16 P (je Referenz max. 8 P: pro LP = 2 P); 2.1.6 Referenz vergleichbare Kosten für Baufeldfreimachung (alle Kosten inkl. Analytik KGR 212/ 213, € brutto, nach DIN 276:2018-12); bis max. 20 P (je Referenz max. 10 P ($\geq 0,6$ Mio.: 10 P; $\geq 0,6$ Mio. bis $< 0,3$ Mio.: 5 P; $< 0,3$ Mio.: 1 P)); 2.1.7 Referenz für öffentlichen Auftraggeber (i.S.d. § 98 GWB) mit Anwendung öffentliches Vergaberecht: bis max. 20 P (je Referenz: 10 P). 2.2 Qualifikation und Erfahrung stellv. Projektleiter [bis max. 98 Punkte]: Darstellung eines Referenzprojektes für die ausgeschriebenen Leistungen im o.g. Referenzzeitraum. 2.2.1 Berufserfahrung: bis max. 30 P (≥ 10 Jahre: 30 P; ≥ 5 Jahre < 10 Jahre: 15 P; < 5 Jahre: 5 P); 2.2.2 Baufeldfreimachung mit Bestandsgebäude in vergleichbarer Konstruktionsart (Massivbauweise, Mehrgeschossigkeit): bis max. 20 P (je Referenz 20 P)); 2.2.3 Zusatzpunkte für Rückbau Bestandsgebäude > 3.000 m² BGF: bis max. 10 P (je Referenz 10 P); 2.2.4 Zusatzpunkte für Schadstoffsanierung/ -entsorgung nach DGUV Regel 101-004, bzw. BGR 128 in "kontaminierten Bereichen": bis max. 10 P (je Referenz 10 P); 2.2.5 Federführend vom stellv. Projektleiter selbst vollständig erbrachtes Leistungsbild je Phase Baufeldfreimachung innerhalb des Referenzzeitraums für a) Planung, b) Ausschreibung mit Vergabe, c) Örtliche Bauüberwachung, d) Aushubüberwachung; bis 8 P (je Referenz max. 8 P: pro LP = 2 P); 2.2.6 Referenz vergleichbare Kosten für Baufeldfreimachung (alle Kosten inkl. Analytik KGR 212/ 213, € brutto, nach DIN 276:2018-12); bis max. 10 P (je Referenz max. 10 P ($\geq 0,6$ Mio.: 10 P; $\geq 0,6$ Mio. bis $< 0,3$ Mio.: 5 P; $< 0,3$ Mio.: 1 P)); 2.2.7 Referenz für öffentlichen Auftraggeber (i.S.d. § 98 GWB) mit Anwendung öffentliches Vergaberecht: bis max. 10 P (je Referenz: 10 P); 2.3 Erfahrung vergleichbarer Referenzen für Baufeldfreimachung (Büroreferenzen) [bis max. 234 Punkte]: Darstellung von zwei Referenzobjekten ab 01.01.2019 und eine dritte Referenz ab 01.01.2017 für die ausgeschriebenen Leistungen. 2.3.1 Baufeldfreimachung mit Bestandsgebäude in vergleichbarer Konstruktionsart (Massivbauweise, Mehrgeschossigkeit): bis max. 60 P (je Referenz 20 P)); 2.3.2. Zusatzpunkte für Rückbau Bestandsgebäude > 3.000 m² BGF: bis max. 30 P (je Referenz 10 P); 2.3.3 Zusatzpunkte für Schadstoffsanierung/ -entsorgung nach DGUV Regel 101-004, bzw. BGR 128 in "kontaminierten Bereichen": bis max. 30 P (je Referenz 10 P); 2.3.4 Federführend vom Büro selbst vollständig erbrachtes Leistungsbild je Phase Baufeldfreimachung innerhalb des Referenzzeitraums für a) Planung, b) Ausschreibung mit Vergabe, c) Örtliche Bauüberwachung, d) Aushubüberwachung; bis max. 24 P (je Referenz max. 8 P: pro LP = 2 P); 2.3.5 Referenz vergleichbare Kosten für Baufeldfreimachung (alle Kosten inkl. Analytik KGR 212/ 213, € brutto, nach DIN 276:2018-12); bis max. 30 P (je Referenz max. 10 P ($\geq 0,6$ Mio.: 10 P; $\geq 0,6$ Mio. bis $< 0,3$ Mio.: 5 P; $< 0,3$ Mio.: 1 P)); 2.3.6 Referenz für öffentlichen Auftraggeber (i.S.d. § 98 GWB) mit Anwendung öffentliches Vergaberecht: bis max. 30 P (je Referenz: 10 P); 2.3.7 Referenz mit Förderverfahren mit Mitwirkung bei der Erstellung eines Förderantrages: bis max. 30 P (je Referenz: 10 P)

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 4

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Begründung, warum die Gewichtung der Zuschlagskriterien nicht angegeben wurde: Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind in den Vergabeunterlagen aufgeführt

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/63aa7155-4870-4802-9b75-7ef09c869296

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 08/04/2024

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/63aa7155-4870-4802-9b75-7ef09c869296

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 02/04/2024 10:00:00 (UTC+00:00)

Westeuropäische Zeit, GMT

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 59 \$name_timeperiod.

DAYS_PLURAL_deu

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Bitte beachten: Um einen eventuellen Ausschluss des Angebotes zu vermeiden, legen Sie bitte die geforderten Nachweise und Erklärungen dem Angebot unbedingt vollständig bei.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern

Informationen über die Überprüfungsfristen: (1) Etwaige Vergabeverstöße muss der Bewerber /Bieter gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnisnahme rügen.

(2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung

benannten Frist zur Abgabe der Bewerbung oder der Angebote gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. (3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbungs- oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. (4) Ein Vergabenachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB innerhalb von 15 Kalendertagen nach der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der Vergabekammer einzureichen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Johann Nepomuk von Kurz-Stiftung

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Johann Nepomuk von Kurz-Stiftung

TED eSender: Beschaffungsamt des BMI

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Johann Nepomuk von Kurz-Stiftung

Registrierungsnummer: 13830

Postanschrift: Kurz-Straße 2

Stadt: München

Postleitzahl: 81547

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

E-Mail: JNKS@pm-5.de

Telefon: +49 89242937522

Internetadresse: <https://www.deutsche-evergabe.de>

Profil des Erwerbers: <https://www.deutsche-evergabe.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern

Registrierungsnummer: 01e5a879-b32c-4a52-a0a6-4698fb8c3517

Postanschrift: Maximilianstraße 39

Stadt: München

Postleitzahl: 80534

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telefon: +49 8921762411

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI

Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 63aa7155-4870-4802-9b75-7ef09c869296 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 27/02/2024 13:02:00 (UTC+00:00)

Westeuropäische Zeit, GMT

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 122415-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 42/2024

Datum der Veröffentlichung: 28/02/2024